

## Die Volksstimmung in den Alpenländern.

Der Nachhall der „Meraner Resolution“. — Der Rat eines tschechischen Politikers. — Eine Mahnung des Abg. Dr. Schoepfer. — Eine konservative Stimme über die Kundgebung des Bischofs von Königgrätz.

In zahlreichen „Mittelstandsversammlungen“, an denen Angehörige aller bürgerlichen Parteien, ja häufig auch mit dem Verhalten ihrer Führung unzufriedene Sozialdemokraten teilnahmen, in Äußerungen der Blätter aller Richtungen kommt die große Unzufriedenheit der Tiroler Bevölkerung mit den derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zum Ausdruck. In der „Meraner Resolution“, die den Anstoß zu einer die ganzen Alpenländer ergreifenden Bewegung gab, aber noch mehr in den leidenschaftlichen Klagen von Rednern aller Parteien, darunter des Landeshauptmannes Schraffl in der letzten großen Stadthausversammlung in Innsbruck, hauptsächlich über die Behandlung Tirols auf dem Gebiete des Ernährungswesens, machte sich diese Mißstimmung Luft. In einem im „Allg. Tirol Anz.“ veröffentlichten Aufsatz „Wir und das Deutsche Reich“ sucht Abg. Dr. Schoepfer dieser elementaren Volksbewe-

gung klare Ziele zu geben. Ausgehend von der Notwendigkeit, der da und dort versuchten Brunnenvergiftung gegen unser Bündnis mit dem Deutschen Reich entschiedenst entgegenzutreten, zugleich aber ihr auch den Vorwand, nämlich die angeblich zu befürchtende Gefahr einer Bevormundung Oesterreich-Ungarns durch den Bundesgenossen vorweg zu nehmen, erblickt Dr. Schoepfer die richtige Politik darin, daß wir das, was wir am Deutschen Reich bewundern und worin wir es uns überlegen glauben, nachahmen und uns dadurch möglichst ebenbürtig machen. Sogar der tschechische Landesauschuß von Mähren Dr. Pluhar habe kürzlich gelegentlich einer Aussprache des Fünferkomitees der Landesauschüsse mit dem Subkomitee des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses und mit Vertretern der Regierung über den Elektrizitätsgesetzentwurf ein Referat erstattet, das in dem bringenden Rate gipfelte: „Meine Herren, gehen Sie nach Deutschland, studieren Sie die dortigen Verhältnisse und lernen Sie von Deutschland und machen Sie es Deutschland nach!“ Abg. Doktor Schoepfer unterstreicht diesen Rat des tschechischen Politikers — der, nebenbei bemerkt, an das berühmte gewordene „Germania docet“ des Mailänder Erzbischofs Ferrari auf dem Kölner Katholikentage erinnert, womit der italienische Kirchenfürst hauptsächlich die organisatorischen und publizistischen Leistungen der deutschen Katholiken als vorbildlich hinstellen wollte — und führt aus, daß Dr. Pluhars Rat ganz besonders auch auf dem Gebiete unseres Ernährungswesens beachtet zu werden verdient, wo der völlige Schiffbruch der Zentralgewalt tagtäglich sichtbar werde. Dagegen warnt Dr. Schoepfer seine Landsleute und die Deutschen Oesterreichs überhaupt vor einer Desperadopolitik:

Aber eines darf man nicht tun; es werden in Versammlungen schon Töne angeschlagen, welche aus unserer Not und unserer Schlamperie nicht die Folsaerung ziehen, daß wir uns von dem abwenden, was bei uns schlecht oder minder gut ist und daß wir es besser machen, sondern daß wir uns von Oesterreich selbst abwenden, den Mangel an Staatsgefühl, der an dem Uebel schuld ist, noch erweitern und mit den Augen der ehemaligen Schönnerianer nach Deutschland blicken, ähnlich wie so manche Italiener, Serben, Rumänen usw. auch über die Grenze blicken. Ein solches Vorgehen wird gewiß nicht mehr Nahrungsmittel bringen, es wird das Bundesverhältnis mit Deutschland nicht festigen, sondern höchstens die beiderseitigen Beziehungen vergiften: es ist nur Wasser auf die Mühle jener Parteien, die, weil die größten Feinde Oesterreichs, auch die größten Feinde der Deutschen in Oesterreich sind. Darum schreie ich: Wir müssen auch in der gegenwärtigen Not gute Oesterreicher bleiben und alles daran setzen, daß die Uebelstände, die bei uns herrschen, durch steigendes Staatsgefühl und Staatsbewußtsein bekämpft werden und daß hierbei alle, die berufen sind, bei Deutschland in die Schule gehen. Wenn wir von Deutschland Aushilfe bekommen, ist sie gewiß nicht an Bedingungen geknüpft, die Oesterreich preisgeben und damit das Bündnis untergraben werden. Ich glaube, der erhofften deutschen Aushilfe, wenn sie gegeben wird, wird der Auftrag beigegeben sein: Bleibt gute Bundesgenossen und darum vor allem gute Oesterreicher!

Wie unzertrennlich selbstbewusstes Oesterreichertum und Bündnispolitik zusammengehören, wird vielleicht am hellsten durch die Erinnerung an die Tatsache beleuchtet, daß seinerzeit die Partei Schönnerers, deren Programm nicht gerade auf die Stärkung Oesterreichs abzielte, sich als ausgesprochene Gegnerin der Bündnispolitik bekante.

Einen großen Anteil an der durch die deutsche Bevölkerung der Alpenländer gehenden Erregung haben die bitteren Kriegserfahrungen mit dem tschechischen Radikalismus. Die Luft, die das Treiben der Masarykleute, aber auch der Zickackkurs der Zentralregierung ihnen gegenüber, zwischen den Völkern aufgerissen hat, wird nicht so bald wieder auszufüllen sein. Auch die Innsbrucker „N. Z. Stimmen“, das Hauptorgan der Tiroler Konservativen, die vermöge ihrer politischen Vergangenheit vielleicht noch am ehesten gegen den Vorwurf nationaler Voreingenommenheit aus dem nichtdeutschen Lager gefeit sind, führen in dieser Hinsicht eine scharfe Sprache, die allen, welche es angeht, die einhellige Grundstimmung Deutschösterreichs verdolmetschen mag; das genannte Blatt schreibt zu dem in der „Reichspost“ wiedergegebenen Schreiben des Bischofs Dr. Doubrava von Königgrätz:

Wir wollen geru zugeben, daß es der Bischof gut meint und überzeugt ist, daß in dem böhmischen Staat Platz sein kann für das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben beider Nationen. Aber die Schwierigkeit ist in doppelter Richtung ersichtlich. Außer dem Bischof Doubrava und den Wohlgesinnten seiner Partei, die für die programmalische Säge des Bischofs sich ausgesprochen haben und die die gleiche Stellung beider Nationen wünschen, gibt es unter den Tschechen noch andere, u. zw. höchst zahlreiche und im Lande maßgebende Faktoren, die den deutschen nicht die gleich günstige Stellung einräumen würden wie sich selbst. Die Masaryks im Inlande, die Herren um Kramar und die übrigen paronisierten Herrschaften und ihr Anhang, die fanatischen Massen, die mit dem begnadigten Kramar ihre Demonstrationssombdien ausgeführt haben, diese denken nicht so über das Verhältnis zu den Deutschen wie der Bischof von Königgrätz. Es ist zu fürchten, daß in dem tschechischen Staat trotz Verband mit Oesterreich und Habsburg die deutsche Minorität alsbald von der tschechischen Majorität an die Wand gedrückt und entrechtet würde. Und aus diesem Gesichtspunkte ergibt sich die zweite Schwierigkeit gegen die zweifelsohne gut gemeinten Anregungen des Bischofs. Die Deutschen in Böhmen haben lange und bittere Erfahrungen, sie trauen den Tschechen nicht und sie wollen nicht den böhmischen Staat.

Diese Stimmungen erscheinen dem Blatte als ein schweres Hindernis gegen eine optimistische Beurteilung der Aussichten der von Bischof Doubrava stilisierten Vorschläge. Es ist nach der ganzen Sachlage klar, daß die Aufgabe, diese Stimmungen zu ändern, den Tschechen selbst zufällt.